

Als Vorarlberg zur Schweiz gehören wollte. Eine Analyse

Raphael Einetter, BA

Kerngebiet: Österreichische Geschichte

eingereicht bei: Ass.-Prof. Mag. Dr. Hermann Kuprian

eingereicht im: SS 2013

Rubrik: PS-Arbeit

Abstract

When Vorarlberg wanted to join Switzerland. An analysis

The following paper deals with the ambitions of the westernmost federal state of Austria, Vorarlberg, to join Switzerland after World War I. It examines the activities of the pro-Switzerland movement. The main focus is put on the events between 1918 and 1920. Furthermore, the development of Vorarlberg as a part of the new Austria is discussed.

Einleitung

Mit dem Ende des Ersten Weltkriegs begann für die Nationen Europas eine Phase des Umbruchs, deren Folge die mehrfache Teilung ehemaliger Großreiche war. Die neugegründeten Nationalstaaten orientierten sich hierbei an dem vom US-amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson propagierten 14-Punkte-Plan, der den Alliierten Mächten bei den Friedensverhandlungen in den Pariser Vororten als Grundlage diente. Besonders die Idee des *Selbstbestimmungsrechts der Völker*, wie es Wilson formulierte, lag im Fokus der Handelnden und war doch zugleich eine der umstrittensten. Während sich die nicht-deutschsprachigen Teile der vormaligen Habsburgermonarchie nach Kriegsende für eigenständig erklärten und lediglich in den Grenzzonen Verhandlungen über die Zugehörigkeit stattfanden, gestaltete sich die Lage im westlichsten ehemaligen Kronland Vorarlberg am schwierigsten. Wengleich die Landesversammlung am 3. November 1918 Vorarlberg provisorisch als Teil Deutsch-Österreichs bezeichnete, kamen die Abgeordneten darüber ein, dass es über die Zukunft des Landes einer Abstimmung bedürfe, da man dem kleinen österreichischen Reststaat keine große Überlebenschance einräumte. Vielmehr

hatte ein großer Teil der Vorarlberger Bevölkerung den Blick auf die Schweizerische Eidgenossenschaft gerichtet, zu der der Beitritt letztendlich aber verwehrt bleiben sollte.¹

In dieser Arbeit gilt es daher, die Hintergründe des gescheiterten Anschlusses an die Schweiz näher zu beleuchten, woraus sich auch die folgende Fragestellung ableiten lässt: Welche Vorteile sah der Großteil der Vorarlberger Bevölkerung in einem Anschluss an die Schweiz und warum scheiterte dieser schlussendlich? Das Ziel dieser Arbeit ist es, die aufgestellte These, die als Gründe für den gescheiterten Anschluss die groben Grenzziehungspläne der Alliierten einerseits und die ablehnende Haltung der von Staatskanzler Renner geführten österreichischen Delegation andererseits ausmacht, einer abschließenden Bewertung unterziehen zu können.

Daher wird nachfolgend in einem ersten Kapitel zuerst auf die Vorgeschichte eingegangen, ehe die genauen Beweggründe für die Anschlussbestrebungen erläutert werden. Daran knüpft eine genaue Darlegung der abgehaltenen Volksabstimmung an. Deren Ausgang beeinflusste die aufgenommenen Verhandlungen und den schlussendlichen Verbleib bei Österreich maßgeblich, was im zweiten Abschnitt behandelt wird. In einem abschließenden Fazit wird versucht, die Forschungsfrage anhand der zuvor geschilderten Sachverhalte einer genauen Beantwortung zuzuführen und die aufgestellte Hypothese zu überprüfen.

Über diesen Sachverhalt ist eine eher überschaubare Anzahl an Abhandlungen vorhanden, wobei sich viele Werke teils intensiver, teils überblicksartiger mit der Vorarlberger Anschlussfrage auseinandersetzen und damit eine solide Basis für die Analyse bieten. Eines der umfassendsten Werke zu dieser Thematik verfasste der Schweizer Daniel Witzig 1974 unter dem Titel „Die Vorarlberger Frage. Die Vorarlberger Anschlussbewegung an die Schweiz, territorialer Verzicht und territoriale Ansprüche vor dem Hintergrund der Neugestaltung Europas 1918–1922“. Der als Landeshauptmann direkt in die Verhandlung eingebundene Otto Ender brachte 1952 seine Erfahrungen im Buch „Vorarlbergs Schweizer-Anschluss-Bewegung von 1918 bis 1924“ ebenfalls zu Papier.

Als die wohl aktuellste Sammlung an Informationen liegt dieser Arbeit auch der 2009 erschienene Begleitkatalog der Ausstellung „Kanton Übrig. Als Vorarlberg zur Schweiz gehören wollte“ zu Grunde, welcher von Tobias G. Natter im Zuge der Veranstaltung des Vorarlberger Landesmuseums herausgegeben wurde. Neben einigen zeitgenössischen Quellen, die der angefügten Auflistung zu entnehmen sind, wird auch Literatur verwendet, die sich über einen größeren Zeitraum mit der Geschichte Vorarlbergs auseinandersetzt, wie das Werk von Markus Barnay „Vorarlberg. Vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart“ aus dem Jahr 2011 oder die vom Land Vorarlberg herausgegebene „Vorarlberger Chronik“, die 2005 erneut aufgelegt wurde. Auch die 2006 erschienene Abhandlung von Arnulf Häfele über „Die Schweiz als Vorbild der Vorarlberger Landesverfassung“ von 1919 sei hiermit erwähnt, wodurch sich diese Arbeit auf einen aktuellen und zugleich fundierten Quellen- und Literaturkorpus stützen kann.

1 Markus Barnay, Vorarlberg. Vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart, Innsbruck-Wien 2011, S. 16 f.

Warum Vorarlberg neue Wege bestreiten wollte

Während in Wien am 12. November 1918 die provisorisch zusammengetretene Nationalversammlung die Republik Deutsch-Österreich ausrief, war für die Vorarlberger Bevölkerung der Nachkriegsalltag angebrochen. Die zumeist ärmlichen und hungerleidenden Vorarlbergerinnen und Vorarlberger, deren Arbeitsmöglichkeiten – sofern vorhanden – auf die Landwirtschaft, Kleinbetriebe und Fabriksarbeit beschränkt waren, suchten einen Weg aus der Krise.² Wie bereits angemerkt, wurde dem deutsch-österreichischen Staat keine ernsthafte Überlebenschance eingeräumt, wodurch das reiche Nachbarland jenseits des Rheins, wohl nicht zuletzt aufgrund des freien Zugangs zu „Weißbrot und Schokolade, Schüblinge[n] und Rauchwaren“³, sehr begehrenswert gewirkt haben muss.

Ziel: Eidgenossenschaft

Die Schweizerische Eidgenossenschaft reagierte nach dem Zusammenbruch des Habsburgerreiches relativ rasch und unterstützte die Vorarlberger Bevölkerung mit Lebensmittellieferungen, wenngleich zunächst auch eher widerwillig, da der Versorgung der eigenen Bürgerinnen und Bürger höhere Priorität galt. Diese anfänglich eher passive Haltung der Regierung in der Bundesstadt Bern wurde in der Öffentlichkeit jedoch schon bald kritisiert, was schließlich dazu führte, dass die Bereitstellung von Lebensmitteln ab dem 17. November 1918 gewährleistet werden konnte. Am selben Tag wurde auch ein Abkommen zwischen dem Vorarlberger Landesrat und der Schweizerischen Eidgenossenschaft geschlossen, das die Hilfslieferungen offiziell genehmigte und festhielt.⁴ Daraus lässt sich schließen, dass in den Augen der Vorarlberger Bevölkerung im Westen ein Land lag, in dem, metaphorisch formuliert, Milch und Honig zu fließen schienen. Dies führte schließlich dazu, dass der bereits am 13. November vom Lustenauer Lehrer Ferdinand Riedmann gegründete Werbeausschuss, der sich „für eine Angliederung Vorarlbergs an die Schweiz“⁵ aussprach, regen Zuspruch fand, wodurch im gesamten Land die Zukunft in der Schweiz propagiert wurde. Ferdinand Riedmann sollte auch in den darauffolgenden Monaten eine tragende Rolle in Bezug auf die Anschlussbestrebungen spielen und argumentierte besonders mit der Hoffnung nach raschem wirtschaftlichem Aufschwung.⁶

Diese Bestrebungen fanden vor allem in den Bevölkerungsschichten der Bauern, der grenznahen Wirtschaftstreibenden und des gewerblichen Mittelstandes große Resonanz. Erklärte Gegner waren unter einem Großteil der Ärzte-, Anwalt- und Beamtenschaft zu finden, die sich teilweise vor der eidgenössischen Konkurrenz fürchteten oder aber

2 Stefan Graf, Was blieb vom alten Österreich?, in: Kanton Übrig. Als Vorarlberg zur Schweiz gehören wollte, hrsg. v. Tobias G. Natter, Bregenz 2009, S. 10–25, hier S. 13 f.

3 Werner Dreier/Meinrad Pichler, Vergebliches Werben. Mißlungene Vorarlberger Anschlußversuche an die Schweiz und an Schwaben (1918–1920), hrsg. v. Vorarlberger Autoren Gesellschaft (Studien zur Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs 5), Bregenz 1989, S. 33.

4 Ingrid Böhler, Die schweizerische Wirtschaftshilfe an Vorarlberg 1918–1921, in: „Eidgenossen helfe euern Brüdern in der Not!“. Vorarlbergs Beziehungen zu seinen Nachbarstaaten 1918–1922, hrsg. v. Arbeitskreis für Regionale Geschichte, Feldkirch 1990, S. 41–54, hier S. 43 f.

5 Dreier/Pichler, Werben, S. 33.

6 Ebd. S. 33 f.

aufgrund ihrer politischen Gesinnung eine Zukunft in einem großen, deutschen Staat bevorzugten. Im Vergleich zur hungernden Bevölkerung im ganzen Land stellten sie jedoch eine klare Minderheit dar und so scheint es, als ob Riedmann in einem Brief an Landeshauptmann Ender die Überzeugung des gesamten Landes mit dem Satz „Die Liebe geht schließlich durch den Magen“⁷ formulierte.⁸ An dieser Stelle sei erwähnt, dass die als *Schwabenkapitel* bezeichneten Pläne, Teil eines deutschen Bundeslands Schwaben zu werden, in dieser Arbeit nicht weiter verfolgt werden.⁹

Die Vorarlberger Landespolitik beschäftigte sich nach dem Ende der Kriegswirren zuerst nicht mit den Anschlussbestrebungen an die Schweiz und versuchte zunächst, die politische Ordnung aufrechtzuerhalten. Dem Werbeausschuss gelang es hingegen, in sehr vielen Vorarlberger Gemeinden Sympathisanten für das eidgenössische Ziel zu gewinnen, wodurch auch der Bregenzer Dr. Paul Pirker dem Verein beitrug und ihm in weiterer Folge zusammen mit Riedmann vorstand. Nachdem die Verantwortlichen des Werbeausschusses der Landesregierung am 1. März 1919 eine Petition überreichten, in der ein Anschluss an die Schweiz gefordert wurde, griff auch diese in das Geschehen ein und lehnte die Anerkennung der Unterschriftenliste als amtliche Abstimmung der Bevölkerung kategorisch ab.¹⁰

Allerdings wurde eine offizielle Befragung der Vorarlbergerinnen und Vorarlberger in Aussicht gestellt und die Frage nach dem Anschluss an die Schweizerische Eidgenossenschaft der provisorischen Landesversammlung unterbreitet.¹¹ Damit war der Ball nun bei den politischen Entscheidungstragenden angelangt, wodurch aus der vormals regionalen Bewegung eine, in Wien eher missfällig akzeptierte, Interessensgemeinschaft geworden war.

Die Volksabstimmung

Nachdem die Überlegungen eines Anschlusses an die Schweiz nun unter landespolitischer Federführung weitergesponnen worden waren, schaltete sich auch die Vorarlberger Medienlandschaft in die Debatte ein. So schrieb das Vorarlberger Volksblatt am Vorabend der für 11. Mai 1919 angesetzten Volksabstimmung, warum die Bevölkerung die gestellte Frage zu bejahen habe und führte dabei an, dass sonst die Wahlfreiheit des Landes für alle Zukunft aufs Spiel gesetzt werde. Außerdem klärte sie darüber auf, dass auch nach einem positiven Ausgang der Abstimmung der Anschluss an die Schweiz noch nicht vollzogen sei.¹²

7 Dreier/Pichler, Werben, S. 35.

8 Ebd., S. 33 f.

9 Vorarlberg Chronik, hrsg. v. Land Vorarlberg, Dornbirn 2005³, S. 208 f.

10 Otto Ender, Vorarlbergs Schweizer-Anschluss-Bewegung von 1918 bis 1924, hrsg. v. Bilgeri B./Tiefenthaler M. (Schriften zur Vorarlberger Landeskunde 5), Dornbirn 1952, S. 7 f.

11 Ender, Vorarlbergs Schweizer-Anschluss-Bewegung, S. 7 f.

12 Österreichische Nationalbibliothek. ANNO, *Vorarlberger Volksblatt*, 10.05.1919, [<http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=vwb&datum=19190510&seite=1&zoom=33>], eingesehen 03.06.2013.

Interessanterweise stellte sich die Zeitung, die als Parteiorgan der Christlich-Sozialen diente, mit dem Werben für die Zustimmung gegen den eigenen Parteiohmann und Landeshauptmann Otto Ender, der selbst für eine starke Länderautonomie innerhalb des deutsch-österreichischen Staates eintrat.¹³ Die Abgeordneten der provisorischen Vorarlberger Landesversammlung erklärten zuvor am 15. März 1919, dass es einer Volksabstimmung bedürfe. Der Ausgang derselben sollte regeln, ob über die Bedingungen, die sowohl die Schweiz als auch Deutschland und Deutsch-Österreich für einen Anschluss stellten, verhandelt werden sollte.¹⁴

Im Gegensatz zum bereits erwähnten Vorarlberger Volksblatt propagierte das Vorarlberger Tagblatt, am Tag der Abstimmung mit *Nein* zu stimmen. Das in Bregenz gedruckte und politisch eher deutsch-national gesinnte Blatt erklärte außerdem, dass es sicher viele Menschen in Vorarlberg gäbe, die gegen Anschlussverhandlungen mit der Schweiz seien, wenngleich auch umgehend eingeräumt wurde, dass diese wohl in der Minderheit bleiben würden. Anschließend wurden viele Behauptungen ins Feld geführt, die die Nachteile der schweizerischen Wirtschaft aufzeigen sollten, ehe abschließend ein düsteres Bild des Untergangs im Falle der Teilhabe als Kanton an der Schweiz gezeichnet wurde.¹⁵

Dieser negativ interpretierten Stimmung versuchte der Werbeausschuss unter Riedmann bis zum 11. Mai mit einer Flut an Flugblättern entgegenzuwirken, indem sogar die eigentliche Fragestellung verdreht dargestellt wurde. So ist auf einer dieser Flugschriften beispielsweise zu lesen, dass „[d]ie freundnachbarliche Schweiz fragt, ob das Vorarlberger Volk eine Verhandlung in der Anschlußfrage [sic!] wünscht oder nicht“¹⁶, obwohl die Initiative eher von Vorarlberger Seite ausging. Außerdem wird erneut betont, dass eine *Nein*-Stimme den Weg in die Eidgenossenschaft für alle Zeit versperre, wobei als Alternative nur noch der antisemitisch formulierte „Wiener Judenstaat“¹⁷ oder ein unsicher geltender Staat der Schwaben in Deutschland zur Verfügung stünde. Daher schließt die Aufforderung des Werbeausschusses mit zustimmenden Worten in Bezug auf die angestrebten Verhandlungen mit der Schweiz und gibt an, dass nur dann eine freie Entscheidungskraft weiter bestünde.¹⁸

Bei der am 11. Mai durchgeführten Abstimmung ergab die Auszählung ein Ergebnis von 47.208 *Ja*- und 11.241 *Nein*-Stimmen. Dies bedeutete eine Zustimmung von 80,77 Prozent, wobei nicht alle Wahlberechtigten von ihrer Stimme Gebrauch machten. Nach den Kriegswirren gab es aber auch keine eindeutige Erhebung der stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürger, weshalb eine genaue Wahlbeteiligung nicht errechnet werden kann. Geht man daher von den erfassten Bevölkerungszahlen vor dem Ersten Weltkrieg

13 Barnay, Vorarlberg, S. 24.

14 Bericht des Vorarlberger Landtags über die Verhandlungen betreffend die Anschlussfrage an die Schweiz, 22.3.1919, Bregenz o.J. (1919), S. 38.

15 Österreichische Nationalbibliothek. ANNO, *Vorarlberger Tagblatt*, 11.05.1919, [<http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=btb&datum=19190511&seite=1&zoom=33>], eingesehen 03.06.2013.

16 Meinrad Pichler, Ferdinand Riedmann – Der Prophet vom gelobten Land Helvetia, in: Kanton Übrig. Als Vorarlberg zur Schweiz gehören wollte, hrsg. v. Tobias G. Natter, Bregenz 2009, S. 44–53, hier S. 50.

17 Ebd.

18 Ebd.

aus, kann von einer Stimmenthaltung in der Höhe von rund 11.000 gesprochen werden.¹⁹ Wenn auch das Wahlergebnis unterschiedlich interpretiert werden kann, ist festzuhalten, dass sich die Vorarlbergerinnen und Vorarlberger deutlich für Anschlussverhandlungen aussprachen.

Vom Provisorium zum Dauerzustand

Nachdem die Vorarlberger Bevölkerung ihrer Landesvertretung nun den Auftrag erteilt hatte, die Bedingungen für einen Anschluss an die Schweiz zu erfragen, stießen die Delegierten auf neue Hürden. Diese galt es einerseits bei der österreichischen Regierung in Wien und andererseits bei den Verantwortlichen in Paris-St. Germain zu überwinden, was sich jedoch als schwieriger als erwartet herausstellen sollte. Daher wird nun zunächst ausführlich auf die Verhandlungen der Vorarlberger Abordnung eingegangen, ehe der letztendliche Verbleib in der österreichischen Republik analysiert wird.

Vorarlberg tritt in Verhandlungen

Um die Beweggründe der handelnden Parteien besser verstehen zu können, seien zunächst einige Argumente erwähnt, die von Schweizer Seite aus einen Anschluss Vorarlbergs befürworteten. So wurde beispielsweise angeführt, dass Vorarlberg als „letzte[s] Land deutschschweizerischer Zunge“²⁰ noch nicht Teil der Eidgenossenschaft sei, was vom Schweizer Mitbegründer der Plattform Pro Vorarlberg, Gonzague de Reynold, in einem von Dr. Paul Pirker 1919 veröffentlichten Beitrag hinterfragt wird. Dabei führt er Gründe an, die für die Gemeinsamkeiten der Vorarlberger Bevölkerung mit jener der Schweiz sprechen würden und grenzte diese wiederum von der bayrischen und tirolerischen Volksgruppe ab. So tritt er auch den Versuch an, seine These an den Charakterzügen zu messen und schreibt dem Tiroler eine sentimentale und lustige Art zu, während der Vorarlberger eher klug, zurückhaltend und sparsam sei und daher einem Schweizer gleich wäre. Aus diesen sehr oberflächlichen und klischeehaften Ausführungen sind allerdings wohl kaum wissenschaftlich verwendbare Argumente abzuleiten. Vielmehr erscheinen sie an den Haaren herbeigezogen, wie auch ein weiteres Beispiel von de Reynold zeigt. Darin versucht er, die Ähnlichkeit der Vorarlberger mit der Schweizer Bevölkerung durch ein beliebtes Kartenspiel, das Jassen, zu erklären, welches in Tirol angeblich gänzlich unbekannt gewesen sei.²¹ De Reynold versuchte demnach, den schweizerischen Bürgerinnen und Bürgern unter Zuhilfenahme eines Selbstbildnisses die Geistesverwandtschaft der Volksgruppen dies- und jenseits des Rheins aufzuzeigen, wengleich bezweifelt werden darf, dass dies entsprechenden Anklang fand. Darüber hinaus ist die geringe Resonanz wohl auch auf die in der Schweiz unbekannt und daher

19 Daniel Witzig, Die Vorarlberger Frage. Die Vorarlberger Anschlussbewegung an die Schweiz, territorialer Verzicht und territoriale Ansprüche vor dem Hintergrund der Neugestaltung Europas 1918–1922, hrsg. v. Edgar Bonjour/Werner Kaegi (Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft 132), Basel-Stuttgart 1974, S. 230.

20 Gonzague de Reynold, Das Volk von Vorarlberg, in: Schweizer! Sind wir eure Brüder?, hrsg. v. Paul Pirker, Feldkirch 1919, S. 18–21, hier S. 20.

21 Ebd., S. 20.

auch nicht nachvollziehbare Abgrenzungspolitik zurückzuführen. Diese von Vorarlberg gegenüber Tirol entstandene emotionale Trennlinie anhand kultureller Unterschiede und des Souveränitätsgedankens war, wie der historische Vergleich zeigt, in dieser Form in der Schweiz nicht vorhanden.²²

Bereits zwei Tage nach der Volksabstimmung reiste Landeshauptmann Ender als Mitglied der Friedensdelegation nach St. Germain bei Paris. Die Delegation wurde von Staatskanzler Karl Renner angeführt und musste, nachdem man über Umwege nach Paris gelangt war, „drei Wochen in gespannter Erwartung“²³ ausharren, bis die Vertreter der Alliierten den Entwurf der Friedensverträge fertiggestellt hatten. Bei den anschließenden Verhandlungen klärte man die österreichischen Gesandten über die Eckdaten auf, die in Bezug auf die Vorarlberg-Frage allerdings nicht von wirklichem Interesse sind. Landeshauptmann Ender sah jedoch die Möglichkeit, diese auf höchster Ebene zu behandeln und verfasste eine Eingabe an den Delegationsleiter. Diese enthielt die Bitte, die Vorarlberger Anschlussfrage zum Gegenstand der Verhandlungen mit den Alliierten Vertretern zu machen. Renner gab darauf zunächst keine konkrete Antwort und ignorierte die Anfrage Enders, um sie schließlich am 30. Mai mit der Angabe von konkreten Gründen negativ zu beantworten. Renner war der Meinung, dass ein Anhängigmachen der Vorarlberg-Frage die Position Deutsch-Österreichs bei den Verhandlungen schwächen würde und eine etwaige Abtretung Vorarlbergs auch nach der Unterzeichnung der Friedensverträge zwischen Wien und Bern geregelt werden könne.²⁴

Bereits am 2. Juni veröffentlichten die bevollmächtigten Vertreter der Alliierten Mächte eine Übersichtskarte Deutsch-Österreichs, in der neben der Brennergrenze und der damit verbundenen Teilung Tirols auch im Norden, Süden und Osten des Landes neue Grenzen gezogen wurden. Im äußersten Westen verblieb die Grenzziehung jedoch bei jener der Vorkriegszeit, und Vorarlberg wurde weiterhin als Teil Deutsch-Österreichs betrachtet.²⁵ Dies war für den Vorarlberger Landeshauptmann Ender auch keineswegs überraschend, da er sich bekanntlich innerhalb der Delegation nicht durchsetzen konnte und der Alliierte Rat in Paris damit gar nicht von den Bestrebungen in Kenntnis gesetzt worden war. Wie Ender allerdings in der Niederschrift seiner Erinnerungen anmerkt, kam die Enttäuschung nur eine Woche später, als er am 10. Juni mit dem Schweizer Bundesrat Felix Calonder sprach, der für die Verhandlungen mit Vorarlberg zuständig war. Dieser gab ihm zu verstehen, dass die offizielle Schweiz bisher ebenfalls keine Maßnahmen bezüglich der Vorarlberg-Frage ergriffen habe, da diese ihre Kommission nicht umsonst einsetzen wollte und bis zuletzt auf die Zustimmung aus Wien gewartet hätte. Nachdem von Schweizer Seite schließlich der Stand der Dinge bei der deutsch-österreichischen Regierung erfragt wurde, antwortete diese am 26. Juni mit derselben Absage, die bereits Ender erhalten hatte.²⁶

22 Dreier/Pichler, Werben, S. 78.

23 Ender, Vorarlbergers Schweizer-Anschluss-Bewegung, S. 24.

24 Ebd., S. 24 ff.

25 Graf, Österreich, S. 22 f.

26 Ender, Vorarlbergers Schweizer-Anschluss-Bewegung, S. 28 f.

Somit war Vorarlberg in einer regelrechten Pattsituation, in der die einen nicht wollten und die anderen nicht konnten. Darauf reagierte auch der Vorarlberger Landtag in seiner Sitzung am 8. Juli, in der erneut bekräftigt wurde, dass Vorarlberg weiterhin ein selbstständiges Land und nur provisorisch Teil Deutsch-Österreichs sei. In dieser Zusammenkunft wurde schlussendlich der Status quo bekräftigt und erneut der mehrheitliche Wille der Bevölkerung zum Ausdruck gebracht, wonach Verhandlungen mit der Schweiz gewünscht würden.²⁷

Schließlich blieb die Vorarlberg-Frage bei den Friedensverhandlungen in Paris-St. Germain unbehandelt und mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages am 10. September 1919 wurde die endgültige Grenzziehung der nunmehrigen Republik Österreich vorgenommen. Für Staatskanzler und Delegationsleiter Renner war damit auch die Frage nach der Zukunft Vorarlbergs entschieden, was zwar bei den Abgeordneten aus Vorarlberg auf Unmut stieß, an dem Beschluss aber nichts mehr zu ändern vermochte. Durch die Anerkennung als Republik wurden auch die Verhandlungen zwischen Vorarlberg und der Schweizerischen Eidgenossenschaft auf Eis gelegt, da fortan das Außenministerium in Wien für völkerrechtliche Verfahren zuständig war.²⁸ Nachdem die Entscheidung in Paris gefallen war, versuchten nun doch noch Befürworter des *Kantons Vorarlberg* in der Schweiz, den Anschluss Vorarlbergs möglich zu machen. Es wurden Forderungen innerhalb der Bundesregierung gestellt und Modelle ausgearbeitet, die beispielsweise einen eigenen Vorarlberger Staat erdacht hätten, der sich nachfolgend – dem Fürstentum Liechtenstein ähnlich – wirtschaftlich stark an die Eidgenossenschaft anlehnen sollte. Dabei war es den schweizerischen Vertretern besonders wichtig, einen befürchteten Anschluss Vorarlbergs an und damit eine weitere gemeinsame Grenze mit Deutschland zu vermeiden.²⁹

Die Zukunft im neuen Österreich

Allen Bemühungen zum Trotz war die Zukunft Vorarlbergs mit dem Friedensvertrag von St. Germain endgültig in Stein gemeißelt, und das zuvor beanspruchte Recht auf Selbstbestimmung konnte nicht mehr angewandt werden. Auch der Hoffnung einer geringen Zahl an Vorarlbergerinnen und Vorarlbergern, wenigstens die schwäbische Variante vollziehen zu können, wurde mit dem Friedensschluss ein Riegel vorgeschoben, da ein Anschluss an Deutschland explizit verboten wurde und auch die Bezeichnung *Deutsch-Österreich* durch *Republik Österreich* zu ersetzen war.³⁰

Im September 1920 wurde schließlich ein letzter, jedoch eher halbherziger Versuch unternommen, doch noch das erstrebte Ziel, Teil der Schweizerischen Eidgenossenschaft zu werden, erreichen zu können. Die Abgeordneten des Vorarlberger Landtages verfassten eine Denkschrift an den mittlerweile konstituierten Völkerbund, in welcher sie erneut bekräftigten, dass die Zugehörigkeit Vorarlbergs zu Österreich provisorischer Natur

27 Ender, Vorarlbergers Schweizer-Anschluss-Bewegung, S. 31 f.

28 Arnulf Häfele, Die Schweiz als Vorbild für die Vorarlberger Landesverfassung von 1919 (Europäische Hochschulschriften, Rechtswissenschaft 4358), Frankfurt am Main 2006, S. 266 f.

29 Ebd., S. 272 f.

30 Graf, Österreich, S. 19.

sei. Damit wurde versucht, das vom Völkerbund unterstützte Selbstbestimmungsrecht beanspruchen zu können, um anschließend selbst die Verhandlungen über eine etwaige Aufnahme in die Eidgenossenschaft zu führen. Jedoch blieb sowohl eine Antwort von Seiten des Völkerbundes als auch der erwartete Vorstoß von schweizerischer Seite aus, weshalb die verbliebenen Optimisten einsehen mussten, dass der Zug in die Schweiz für sie abgefahren war. Sowohl die Politik als auch die Wirtschaftstreibenden auf beiden Seiten des Rheins fanden sich ab dem Jahr 1920 schnell mit der neuen Lage ab und verfolgten bald geänderte Zukunftspläne, wenngleich wohl die Idee des *Kantons Vorarlberg* in manchen Köpfen noch länger präsent blieb.³¹

Schließlich war Vorarlberg als eigenständiges Bundesland Teil der Republik Österreich und damit auch ein vollwertiges Mitglied des Nachfolgestaates der ehemaligen Habsburgermonarchie. Wenn daraus folgend auch viele Anpassungen an die aus Wien vorgegebenen Standards vorgenommen wurden, gelang es dem Vorarlberger Politiker der Christlichsozialen Partei, Dr. Johann Josef Mittelberger, im Juli des Jahres 1923 ein kleines Andenken an die Anschlussbestrebungen an die Schweiz über die Zeit zu retten – bis zum heutigen Tage. So beantragte der als großer *Schweizerfreund* geltende Mittelberger, den Titel des Stellvertreters des Vorarlberger Landeshauptmanns nach Schweizer Vorbild zu ändern. Ihm erschien die Bezeichnung Landeshauptmannstellvertreter für den Sprachgebrauch unpassend, hingegen befürwortete er den Terminus *Landesstatthalter*, wobei er sich hierbei am gleichnamigen Vorbild des stellvertretenden eidgenössischen Landammanns orientierte. Da sich unter den Abgeordneten niemand abfällig gegenüber dem Vorschlag äußerte, wurde der Antrag mit qualifizierter Mehrheit angenommen und erinnert noch heute an die bewegte Vorarlberger Geschichte der Nachkriegsjahre.³²

In einem kurzen Exkurs wird nun auf Karl Renner (1870–1950)³³ eingegangen, der in der Forschung für das Scheitern der Anschlussverhandlungen mitverantwortlich gemacht wird. Grund für diese Einfügung ist ein Disput, der noch im Jahr 1964 buchstäblich hohe Wellen schlagen sollte.

Stein des Anstoßes war die geplante Taufe eines neuen Schiffs der österreichischen Bodenseeflotte. Dieses hätte am 21. November 1964 den Namen Karl Renner erhalten sollen, wobei die Namensgebung wiederum dem österreichischen Bundesministerium für Verkehr, in der Person des Sozialdemokraten Otto Probst, oblag. Dieser kündigte bereits am 1. Oktober des Jahres seine Namenswahl an, wodurch das in den Sommermonaten aufgekommene Gerücht bestätigt worden war.³⁴ Daher versammelten sich im November zwischen 20.000 und 30.000 Vorarlbergerinnen und Vorarlberger, deren Ziel es war, die Schiffstaufe zu verhindern. Die Demonstrierenden forderten folglich, das noch namenlose Mitglied der Bodenseeflotte schlicht und einfach Vorarlberg zu nennen, was aus Abbildung 1 eindrücklich hervor geht.³⁵

31 Dreier/Pichler, Werben, S. 30 f.

32 Häfele, Vorbild, S. 346 f.

33 Austria-Forum, Renner, Karl, 23.01.2013, [[http://austria-forum.org/af/AEIOU/Renner% 2C_Karl](http://austria-forum.org/af/AEIOU/Renner%2C_Karl)], eingesehen 21.06.2013.

34 Vorarlberg Chronik, S. 269.

35 Barnay, Vorarlberg, S. 100.



Abbildung: Die Demonstration in Fußsach

Nachdem der geladene Verkehrsminister Probst aus Sicherheitsgründen seine Anreise vom Bregenzer Bahnhof zur Werft in Fußsach abbrach und der offizielle Akt abgesagt wurde, nahmen die Anwesenden die Taufe des Schiffs selbst vor.³⁶ Der Bug wurde mit dem von ihnen gewünschten Namen bemalt, während von der versammelten Menge die Vorarlberger Landeshymne gesungen wurde. Diese Aktion löste einen Konflikt zwischen den Koalitionsparteien ÖVP und SPÖ in Wien aus, da die sozialdemokratischen Abgeordneten die in Vorarlberg dominierende Volkspartei hinter den Ereignissen vermutete. Schlussendlich erhielt das Schiff am 30. Juli 1965 mittels Ferntaufe den Namen *Vorarlberg*.³⁷ Daraus lässt sich schließen, dass der Selbstbestimmungsgedanke in Vorarlberg auch noch fast fünfzig Jahre später vorhanden war und die Ereignisse aus dem Jahre 1919 nicht vergessen wurden.

Fazit

Abschließend gilt es, die eingangs erwähnte Forschungsfrage zu beantworten. Dabei liegen die Vorteile, die ein Großteil der Vorarlberger Bevölkerung in einem Anschluss an die Schweizerische Eidgenossenschaft sah, auf der Hand. Einerseits kann das Ziel, Teil der Eidgenossenschaft zu werden, durchaus mit dem Wunsch nach Wohlstand begründet werden. Auf der anderen Seite kann davon ausgegangen werden, dass nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg auch die nationale Orientierungslosigkeit eine Rolle gespielt haben dürfte, wenngleich diese innerhalb des deutschen Sprachraums wohl nur differenziert zu betrachten ist. Hierbei dürfte nämlich besonders das *alemannische Zugehörigkeitsgefühl* eine Rolle gespielt haben, welches sich vorrangig durch den Gebrauch der regionalen Mundart definieren lässt. Daher sind auch die parallel verlaufenden, jedoch in der Bevölkerung weniger anerkannten Bestrebungen

³⁶ Barnay, Vorarlberg, S. 101.

³⁷ Vorarlberg Chronik, S. 269 f.

zur Gründung eines schwäbischen Staates diesem Erklärungsmuster beispielgebend. Zusammenfassend lässt sich daher sagen, dass neben dem Begehren wirtschaftlicher und finanzieller Besserstellung auch die durch den Dialekt vorhandene Identifikation mit der Eidgenossenschaft ausschlaggebend war.

Zu guter Letzt ist es vonnöten, die aufgestellte Hypothese anhand der Fakten auf ihre Richtigkeit hin zu überprüfen. Dabei ist zunächst anzuführen, dass die Vertreter der Alliierten Mächte von offizieller Seite nie vom Begehren der Vorarlberger Bevölkerung erfahren haben, wodurch die von ihnen ausgearbeitete Grenzziehung grundlegend nachvollziehbar ist. Wie den obigen Ausführungen aber zu entnehmen ist, war die Vorarlberg-Frage durchaus international bekannt, weshalb die Vorgangsweise der Verantwortlichen in Paris-St. Germain in einem anderen Licht zu betrachten ist. Wenngleich nicht erwartet werden konnte, dass die alliierten Abgesandten die Vorarlberger Autonomiebestrebungen in den Friedensvertragsverhandlungen aktiv eingefordert hätten, wäre zumindest die Hoffnung auf die Beachtung derselben legitim. Daher kann dem ersten Teil der These zumindest teilweise zugestimmt werden, obgleich zu sagen ist, dass den Alliierten sicherlich nicht die Schuld am Scheitern der Anschlussbestrebungen zu geben ist.

Schon eher kann die These vertreten werden, dass das bei den Regierenden in Wien vorherrschende Desinteresse am Vorarlberger Ziel jegliche weiteren Verhandlungen unmöglich gemacht hat. Dies ist damit zu bekräftigen, dass die Verantwortlichen in der Schweizer Bundesregierung auf zustimmende Signale vonseiten des offiziellen Deutsch-Österreichs vergeblich warteten, woran jedoch die Verhandlungsbereitschaft geknüpft war. Es ist allerdings auch festzustellen, dass eine Zustimmung von Kanzler Renner nicht automatisch die Abtretung Vorarlbergs bedeutet hätte, da darüber eigens beraten worden wäre.

Nachdem diese Ereignisse mittlerweile beinahe ein gesamtes Jahrhundert zurück liegen, kann in einer Bilanz durchaus gesagt werden, dass sich der Verbleib bei Österreich letztendlich sicherlich bewährt hat. Die Thematik erlebte aber gerade zum neunzigjährigen Jubiläum einen regelrechten Boom, was an der erhöhten Zahl an Medienberichten, Abhandlungen und wohl nicht zuletzt an der Ausstellung Kanton Übrig im Vorarlberger Landesmuseum abzulesen ist.

Literatur

Barnay, Markus, Vorarlberg. Vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart, Innsbruck-Wien 2011.

Böhler, Ingrid, Die schweizerische Wirtschaftshilfe an Vorarlberg 1918–1921, in: „Eidgenossen helfe euern Brüdern in der Not!“. Vorarlbergs Beziehungen zu seinen Nachbarstaaten 1918–1922, hrsg. v. Arbeitskreis für Regionale Geschichte, Feldkirch 1990, S. 41–54.

De Reynold, Gonzague, Das Volk von Vorarlberg, in: Pirker, Paul (Hrsg.), Schweizer! Sind wir eure Brüder? Feldkirch 1919, S. 18–21.

Dreier, Werner/Pichler, Meinrad, Vergebliches Werben. Mißlungene Vorarlberger Anschlußversuche an die Schweiz und an Schwaben (1918–1920), hrsg. v. Vorarlberger Autoren Gesellschaft (Studien zur Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs 5), Bregenz 1989.

Ender, Otto, Vorarlbergs Schweizer-Anschluss-Bewegung von 1918 bis 1924, hrsg. v. B. Bilgeri/M. Tiefenthaler (Schriften zur Vorarlberger Landeskunde 5), Dornbirn 1952.

Graf, Stefan, Was blieb vom alten Österreich?, in: Natter, Tobias G. (Hrsg.), Kanton Übrig. Als Vorarlberg zur Schweiz gehören wollte, Bregenz 2009, S. 10–25.

Häfele, Arnulf, Die Schweiz als Vorbild für die Vorarlberger Landesverfassung von 1919 (Europäische Hochschulschriften, Rechtswissenschaft 4358), Frankfurt am Main 2006.

Natter, Tobias G., Zur Ausstellung, in: Ders. (Hrsg.), Kanton Übrig. Als Vorarlberg zur Schweiz gehören wollte, Bregenz 2009, S. 7–9.

Pichler, Meinrad, Ferdinand Riedmann – Der Prophet vom gelobten Land Helvetia, in: Natter, Tobias G. (Hrsg.), Kanton Übrig. Als Vorarlberg zur Schweiz gehören wollte, Bregenz 2009, S. 44–53.

Vorarlberg Chronik, hrsg. v. Land Vorarlberg, Dornbirn 2005³.

Witzig, Daniel, Die Vorarlberger Frage. Die Vorarlberger Anschlussbewegung an die Schweiz, territorialer Verzicht und territoriale Ansprüche vor dem Hintergrund der Neugestaltung Europas 1918–1922, hrsg. v. Bonjour, Edgar/Kaegi, Werner (Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft 132), Basel-Stuttgart ²1974.

Quellen

Austria-Forum, Renner, Karl, 23.01.2013, [http://austria-forum.org/af/AEIOU/Renner%2C_Karl], eingesehen 21.06.2013.

Bericht des Vorarlberger Landtags über die Verhandlungen betreffend die Anschlussfrage an die Schweiz, 22.3.1919, Bregenz o.J. (1919).

Österreichische Nationalbibliothek. ANNO, *Vorarlberger Tagblatt*, 11.05.1919, [<http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=btb&datum=19190511&seite=1&zoom=33>], eingesehen 03.06.2013.

Österreichische Nationalbibliothek. ANNO, *Vorarlberger Volksblatt*, 10.05.1919, [<http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=vwb&datum=19190510&seite=1&zoom=33>], eingesehen 03.06.2013.

Abbildungen

Vorarlberg Chronik, Die Fußacher Werft am 21. November 1964, o.D., [<http://beta.vol.at/tools/chronik/ViewPage/viewpic.aspx?viewtype=artikel&id=146&idpic=245&typePic=1>], eingesehen 21.06.2013.

Raphael Einetter ist Master-Student der Geschichte im 4. Semester an der Universität Innsbruck. raphael.einetter@student.uibk.ac.at

Zitation dieses Beitrages

Raphael Einetter, Als Vorarlberg zur Schweiz gehören wollte. Eine Analyse, in: *historia.scribere* 7 (2015), S. 237–250, [<http://historia.scribere.at>], 2014–2015, eingesehen 1.3.2015 (=aktuelles Datum).

